

Frederiks Rede zum Thema "Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren"

am 07.05.2026 in der Stadtverordnetenversammlung

Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer,

das ist ja wirklich ein relativ kompliziertes Unterfangen, tatsächlich diesen Antrag durchzubekommen. Erstmal begrüße ich es sehr, dass der Oberbürgermeister nach Artikel 74 HGO das ganze prüfen will. Er muss es nicht direkt zum Regierungspräsidium geben. Er muss es uns auf Wiedervorlage geben, dann können wir Änderungen vorschlagen. Das finde ich die richtige Vorgehensweise, weil er es dann auch schriftlich begründen muss und nicht nur sagen kann, es ist rechtlich ungültig.

Ich halte den Antrag tatsächlich auch für rechtlich fragwürdig, weil einmal ist ein Formulierungsfehler drin: "Die Beteiligungsgesellschaft HEAG mobilo wird aufgefordert..." Unsere Beteiligungsgesellschaft ist die HEAG. Das ist eine AG. Eine AG hat Vorstände, die aus zivilrechtlichen Gründen nicht direkt angewiesen werden. Es geht nur bei einer GmbH.

Ich widerspreche aber der CDU. Tatsächlich können wir den Magistrat als Gesellschafter anweisen, denn eine GmbH bzw. die Geschäftsführer kann man direkt anweisen, eine gewisse Leistung zu erbringen. Außerdem vergeben wir als Stadt Dienstleistungsaufträge an die HEAG mobilo – teilweise auch ohne die Dadina und den Landkreis. In diesen Dienstleistungsaufträgen können wir, meines rechtlichen Verständnisses nach, auch entsprechende Vorgaben machen. Deswegen ist das so eine Sache, die man so und so sehen kann.

Ich finde es super, dass der Oberbürgermeister das jetzt auch begründen und wieder vorlegen will, so dass wir dann nochmal debattieren. Deswegen finde ich von der SPD aber die Begründung ganz schwach zu sagen: "Wir sind hier nicht

zuständig, der Bund ist zuständig“, weil wir hier eine klare Zuständigkeit haben. Also die Argumentation kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Kommen wir jetzt mal zur eigentlichen Kernsache, weil wir waren damals – das stand sogar in der Presse, im Herzen schon damals dabei, als die Linken den Antrag schon mal gestellt hatten, weil es einfach der richtige Weg ist. Ich finde es immer schlimm, dass absichtlich – glaube ich, die Seiten falsch verstanden werden, weil: Wir entkriminalisieren nichts. Es bleibt weiter ein Bußgelddelikt. Und das wird auch tatsächlich mit einer Freiheitsstrafe, wenn ich nicht bezahle, belegt. Wenn ich jetzt hergehe, ich fahre schwarz, ich bezahl nicht, bekomme ich auch eine Freiheitsstrafe – aber nur, wenn ich auch bezahlen kann. Das ist der riesen Unterschied.

Es gibt eine Ersatzfreiheitsstrafe oder eine Erzwingungshaft. Bei der aktuellen Strafe gibt es eine Ersatzfreiheitsstrafe. Das bedeutet, wenn ich nicht bezahlen kann, gehe ich ins Gefängnis – auch wenn ich kein Geld habe. Und dann habe ich natürlich auch kein Geld, komme raus, fahre wieder mit dem ÖPNV, werde wieder bestraft. Haben wir da irgendwelche Lenkungswirkungen? Nein, wir haben eigentlich unser System komplett verfehlt, weil wir die Menschen bestrafen, die ganz unten sind, und es gibt überhaupt keine Lenkungswirkungen von dieser ganzen Haft. Es ergibt überhaupt keinen Sinn.

Eine Erzwingungshaft bei einer Ordnungswidrigkeit, wenn ich bezahlen kann, verstehe ich. Die Leute, die bezahlen können, sollen auch bezahlen. Aber eine Strafe für die, die eigentlich gar nicht bezahlen können, und die müssen ins Gefängnis? Was uns jeden Tag 200 Euro kostet als Gesellschaft! Und es ist eigentlich überhaupt nicht sinnvoll.

Wenn wir schon bei Recht sind, müssen wir auch sagen, dass wir in Deutschland ein Resozialisierungsgebot in der Justiz haben. Das heißt, unsere oberste Aufgabe soll es sein, die Menschen auch zu resozialisieren und nicht auch die drauf zu treten, die eigentlich schon unten sind.

Und auch noch zu dem Punkt: Ich verstehe auch die Argumentation von Herrn Wandrey komplett, weil aus Sichtweise der HEAG mobilo ist es richtig, aber unsere Sichtweise hier ist nicht nur die Sichtweise HEAG mobilo, sondern eine gesamtgesellschaftliche. Und aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive ist es einfach Unsinn. Es bringt die Menschen nicht zurück in die Gesellschaft, keine Resozialisierung. Es sind enorme Kosten, die auf uns zukommen, weil die Menschen dann im Gefängnis landen, und Gefängniskosten sind sehr hoch; 200 Euro ist sogar noch als Minimum angesetzt.

Unsere Justiz ist chronisch überbelastet. Die muss das auch erstmal abwickeln – diese ganzen Bagatelldelikte. Deshalb gibt es auch vom Beamtenbund der deutschen Polizeigewerkschaft entsprechende Kritik dran, das überhaupt so zu machen.

Also es ist eine sehr diffizile Sache. Deswegen haben wir auch als Volt gesagt, weil uns einfach die ganze Faktenlage sehr deutlich dahin bringt, dass wir das Ganze überarbeiten müssen. Dass wir alles als Stadt Darmstadt in unserer Macht Stehende tun müssen, dass diese Strafanträge nicht mehr gestellt werden.

Ich hoffe, dass wir, wenn dieser Antrag auf Wiedervorlage kommt, weil es rechtlich vielleicht wirklich schwierig ist – dass wir dann eine Formulierung finden, die uns das rechtlich einwandfrei erlaubt und wir es dann bei der nächsten Stavo beschließen können. Wir werden heute auch wieder zustimmen.

Ich ermuntere auch weiter alle, zuzustimmen, auch wenn Sie denken, es wäre rechtlich vielleicht fragwürdig. Weil es kein Instrument vom Magistrat sein darf, unsere Beschlüsse zu lenken, indem angedroht wird, dass es rechtlich überprüft wird. Wir bestimmen hier als Haus, und das Recht nehmen wir heute wahr. Und deswegen werden wir als Volt dem gerne heute zustimmen. Weil es das Richtige für Darmstadt und unsere gesamte Gesellschaft ist.

[Hier](#) findet ihr den zugehörigen Antrag.